



Ausgabe: November 2018

Demokratie-Newsletter

1.	Überblick	2
2.	Allgemeines zum Thema «Demokratie»	3
3.	Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen	3
4.	Gerichtsurteile	5
5.	Amtliche Informationen	6
6.	Neue Volksinitiativen.....	7
7.	International	7
8.	Neue Publikationen	8
9.	Eidgenössische Abstimmungen vom 25. November 2018	9
10.	Eidgenössische Abstimmungen vom 10. Februar 2019	9
11.	Dokumentation	10
12.	Kontakt	10

1. Überblick

Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen: Bei den Abstimmungen vom 25. November 2018 wurde die Selbstbestimmungsinitiative durch Volk und Stände deutlich (66.2 % *Nein-Stimmen / sämtliche Kantone*) und die Hornkuh-Initiative etwas knapper (54.7 % *Nein-Stimmen / 16 4/2 Kantone*) verworfen. Das Referendum gegen die ATSG-Revision («*Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten*») kam nicht zustande. Die Gesetzesrevision wurde von 64.7 % der Schweizer Stimmberechtigten gutgeheissen (Ergebnisse). Des Weiteren hat der Bundesrat entschieden die Begrenzungsinitiative und die Pflegeinitiative abzulehnen.¹

Gerichtsentseide: Die Regierungstatthalterin des Berner Juras erklärte die Abstimmung vom 18. Juni 2017 über den Kantonswechsel von Moutier wegen Unregelmässigkeiten für ungültig.² Der Kanton Bern entschied darauf, dass es keine Verhandlungen über einen Kantonswechsel Moutiers geben soll.³ Es kamen Befürchtungen auf, dass der Jura-Konflikt wieder aufflammen könnte.⁴ Der Entscheid wurde an das Verwaltungsgericht Bern weiter gezogen. Zudem kam es im Umfeld der Abstimmungen vom 25. November 2018 zu verschiedenen Beschwerden gegen die Selbstbestimmungsinitiative, mit denen sich das Bundesgericht befassen musste.⁵ Das Bundesgericht ist jedoch auf keine der Beschwerden eingetreten.

International: Taiwan hat am 24. November 2018 über zehn Sachfragen abgestimmt.⁶ Erst Anfang 2018 wurde der Referendum Act erneuert. Das neue Gesetz senkt die Unterschriftenzahl für Referenden und Initiativen auf 1.5 %⁷ und das Quorum auf 25 % der Wahlberechtigten.⁸ Sieben der zehn Vorlagen vom 24. November 2018 erreichten das Quorum.⁹ So kam ein Referendum zustande, welches den Atomausstieg bis 2025 rückgängig macht.¹⁰ Zudem wurden drei Vorlagen, die sich gegen eine Stärkung der Rechte von Homosexuellen richteten, angenommen.¹¹ Zwei Vorlagen, welche die Rechte stärken wollten, wurden abgelehnt.¹² Eine weitere Vorlage verlangte, dass das olympische Sportteam Taiwans künftig unter dem Namen «*Taiwan*» auftreten sollte.¹³ Eine knappe Mehrheit lehnte die politisch heikle Vorlage ab.

¹ [Medienmitteilung](#) des BR vom 7. November 2018; [Medienmitteilung](#) des BR vom 30. November 2018.

² [Medienmitteilung](#) EJPD vom 5. November 2018.

³ [Medienmitteilung](#) Regierungsrat Kanton Bern vom 5. November 2018.

⁴ NZZ, 06.11.2018 Nr. 258, S. 1; TA, 06.11.2018 Nr. 258, S. 3.

⁵ Urteil [1C_580/2018](#) vom 7. November 2018; Urteil [1C_591/2018](#) vom 12. November 2018; Urteil [1C_613/2018](#) vom 21. November 2018.

⁶ Vgl. NZZ vom 26.11.2018, Nr. 275, S. 3 und TA vom 26.11.2018, Nr. 275, S. 8.

⁷ Art. 12 Referendum Act.

⁸ Art. 29 Referendum Act.

⁹ Vgl. [Taiwan News, 26.11.2018](#).

¹⁰ Referendum Nr. 16.

¹¹ Referendum Nr. 10, 11, 12: [Tapei Times, 26.11.2018](#).

¹² Referendum Nr. 14 und 15; [Tapei Times, 26.11.2018](#).

¹³ Referendum Nr. 13.

2. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

NZZ 03.11.2018, Nr. 256, S.19
Schwachstelle in Genfer E-Voting-System - Sicherheitsexperten entdecken gravierenden Problem.

NZZ 06.11.2018, Nr. 258, S. 14
Digitaler Wahlkampf hat Grenzen - Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte erarbeitet ein Merkblatt mit Empfehlungen.



08.11.2018, Nr. 260, S. 23
Mehr Rechte für Zürcher Jugendliche - Das Parlament hat gleich zwei Vorlagen angenommen, die die politische Mitsprache von Jungen ausbauen sollen.

NZZ 29.11.2018, Nr. 278
- Genf stellt elektronisches Abstimmungssystem ein - Marschhalt für E-Voting notwendig. (S. 13)
- Rückschlag für das E-Voting - Genf stellt sein elektronisches Abstimmungssystem ein – fünf weitere Kantone sind betroffen. (S. 15)

NZZ 28.11.2018, Nr. 277, S. 9
Strassburg, wie hast du's mit der Religion? (Gastkommentar von Lorenz Langer)

3. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

NZZ 01.11.2018, Nr. 254, S. 15
Kampf ums Bauen im Grünen - Der Bundesrat will das Raumplanungsrecht lockern – die Umweltverbände wehren sich dagegen mit einer Initiative.



07.11.2018, Nr. 259, S. 4
«Wir wären nicht das erste Land, das ein Urteil aus Strassburg nicht umsetzt» - SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt nimmt in Kauf, dass die Schweiz eine Verurteilung durch den Gerichtshof für Menschenrechte wegen des Minarettverbots ignorieren würde.



08.11.2018, Nr. 260, S. 6
Regeln sind für Verlierer - Handle disruptiv, zerstöre das Alte: Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP atmet den Geist des Regelbruchs, der weltweit umgeht.

NZZ 09.11.2018, Nr. 261, S. 17
Die Mehrheit fand Fair Food eigentlich gut - Die Initiative scheiterte wegen der Angst vor steigenden Preisen.

NZZ 10.11.2018, Nr. 262, S. 15
Mehr Transparenz bei Parteispenden - Ständeratskommission lässt Gegenvorschlag zu Initiative prüfen.



10.11.2018, Nr. 262, S. 2

Auch Bundesrichter gehören zum Volk - Die SVP verabsolutiert die Demokratie als Herrschaft des Volkes - und blendet aus, dass der Wille der Bürger nie einheitlich ist.

NZZ

20.11.2018, Nr. 270, S. 10

Konzernverantwortungsinitiative - Sorgfaltspflichten auch für den Gesetzgeber (Gastkommentar von Markus Huppenbauer und Sinan Odok).

NZZ

21.11.2018, Nr. 271, S. 13

SP plant Angriff auf Steuerautonomie - Linke Finanzpolitiker verlangen, die SP solle eine Volksinitiative zur Harmonisierung der kantonalen Unternehmenssteuern vorbereiten.

NZZ

26.11.2018, Nr. 275

- Selbstbestimmungsinitiative - Klare Abfuhr für radikale Scheinlösung der SVP. (S. 9)
- Ja zum Gesetz über die Versicherungsdetektive - Jetzt kommt es auf die Gerichte an. (S. 9)
- Armin Capaul will weiterkämpfen - Das Volk lehnt die Hornkuh-Initiative relativ knapp ab – aber die Subvention ist noch nicht vom Tisch. (S. 12)
- Keine Chance für Lehrplan-Gegner - Nach dem Nein der Bündner zu zwei Initiativen kommt wieder Ruhe in die Volksschule. (S. 12)



26.11.2018, Nr. 275

- «Das Nationaltier ist enthornt» - Das Stimmvolk lehnt die Hornkuh-Initiative ab. Initiant Armin Capaul und seine Mitstreiter sind enttäuscht - und wollen weiter für ihr Anliegen kämpfen. (S. 3)
- Stoppt Strassburg die Detektive? - Die Debatte um Sozialdetektive geht auch nach der unerwartet klaren Zustimmung des Volks weiter. Im Parlament wären rasche Korrekturen möglich. Das letzte Wort hat erneut der Gerichtshof für Menschenrechte. (S. 4)

NZZ

27.11.2018, Nr. 276

- Länderrecht und Völkerrecht - Die Lehren nach dem Nein zur Selbstbestimmungsinitiative (Gastkommentar von Jörg Paul Müller). (S. 10)
- Die Städter hängen am Horn - Die Zustimmung zur Hornkuh-Initiative hängt auch von der Grösse der Gemeinde ab. (S. 14)



27.11.2018, Nr. 276

- «Das Zuwanderungsproblem ist nicht gelöst» - Trotz der Abstimmungsschluppe vom Sonntag will Christoph Blocher an der Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit festhalten. (S. 5)
- Viele SP-Stimmen für Observationen - Differenzen in der Partei zeigen sich an der Urne. (S. 5)

4. Gerichtsurteile



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 25. Oktober 2018 ([1C_59/2018](#) und [1C_60/2018](#))

Kantonale Volksinitiative "Construisons des logements pour toutes et tous: Davantage de coopératives et de logements bon marché!". Das Bundesgericht hat die Genfer Volksinitiative für ungültig erklärt. Das Gericht hält fest, dass der Text zu wenig präzise sei und die Bürgerinnen und Bürger in zahlreichen wichtigen Punkten in die Irre führen könne.¹⁴



*Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 29. Oktober 2018 ([1C_163/2018](#), [1C_239/2018](#)) (*Leitentscheid*)*

Beschwerden gegen die Eidgenössische Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 über das Bundesgesetz über Geldspiele: Das Bundesgericht weist die Beschwerden der Piratenpartei im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Geldspielgesetz ab. Die im Vorfeld der Abstimmung vom vergangenen 10. Juni erfolgten behördlichen Interventionen (Abstimmungsvideo der Bundeskanzlei, Medienmitteilungen der Kantone und von Swisslos/Loterie Romande) haben die Abstimmungsfreiheit nicht verletzt.¹⁵ ([Medienmitteilung](#))



Verwaltungsgericht des Kantons Zug, Urteil vom 30. Oktober 2018 ([V 2018 20](#))

Mehrmalige Nachzählung an der Einwohnergemeindeversammlung Menzingen vom 29. November 2017. Teilweise Gutheissung der Beschwerde.



Urteil des Verwaltungsgerichts Genf vom 31. Oktober 2018 ([A/2135/2018](#))

Initiativ-Komitee «Genève Zéro Pub – Libérons nos rues de la publicité commerciale!» gegen den Staatsrat des Kantons Genf»: Teilweise Gutheissung der Beschwerde durch die verfassungsrechtliche Kammer. Aufhebung des Beschlusses des Staatsrates vom 23. Mai 2018 zur Gültigkeit der kommunalen/städtischen Volksinitiative.



Regierungsstatthalteramt des Berner Jura (Beschwerde vor Verwaltungsgericht hängig)¹⁶

Die Regierungsstatthalterin des Berner Juras erklärte die Abstimmung vom 18. Juni 2017 über den Kantonswechsel von Moutier wegen Unregelmässigkeiten („gewichtigen Mängeln“) für ungültig.¹⁷



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 6. November 2018 ([1C_579/2018](#))

Gesuch um Feststellungsentscheide betreffend das Urteil des schweizerischen Bundesgerichts 1C_415/2015 vom 27. April 2016. Das Bundesgericht tritt auf das Gesuch unter Kostenaufgabe nicht ein.

¹⁴ Siehe auch Jurius, L'initiative genevoise pour des logements bon marché invalidée, in: [Jusletter 26. November 2018](#).

¹⁵ Siehe auch Abstimmung Geldspielgesetz - Beschwerden der Piratenpartei abgewiesen, in: [Jusletter vom 12. November 2018](#).

¹⁶ [BZ](#) vom 16. November 2018.

¹⁷ [Medienmitteilung](#) EJPD vom 5. November 2018.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 8. November 2018 (5A_84/2018)

Aktivisten hängten am Zuger Bahnhof Plakate mit zwei Zuger Regierungsräten auf, die sich nur scheinbar für eine linke Initiative einsetzten. Die beiden Regierungsräte erachteten die Aktion als eine Persönlichkeitsverletzung und verlangten vorsorgliche Massnahmen, die das Zuger Kantonsgericht superprovisorisch gewährte und später bestätigte. Das Zuger Obergericht trat auf die Beschwerde nicht ein. Das Bundesgericht wies nun die Beschwerde ebenfalls ab.¹⁸



Bezirksrat Zürich, Beschluss vom 20. November 2018 ([GE.2018.33/2.02.04](#))

Am 11. Oktober 2018 beantragten acht Stimmberechtigte der Stadt Zürich die Absetzung der Volksabstimmung am 25. November 2018 betreffend die Stadion-Vorlage. Die Rekurrenten machten geltend, die Berichterstattung des Stadtrats im Zusammenhang mit der Vorlage, insbesondere die Abstimmungszeitung, enthalte falsche bzw. irreführende Angaben. Der Bezirksrat Zürich weist den Stimmrechtsrekurs mit Beschluss vom 20. November 2018 ab.¹⁹ ([Medienmitteilung](#))

5. Amtliche Informationen



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 7. November 2018](#)

Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» zur Ablehnung. An seiner Sitzung vom 7. November 2018 hat er die entsprechende Botschaft verabschiedet. Als nächstes befasst sich das Parlament mit der «Pflegeinitiative». Im März hatte der Bundesrat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) damit beauftragt, einen Massnahmenplan zur Pflege zu erarbeiten.



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 21. November 2018](#)

An seiner Sitzung vom 21. November 2018 hat der Bundesrat eine Korrektur der elektronischen Fassung seiner Erläuterungen zur eidg. Abstimmung vom 25. November 2018 veranlasst. Er hat die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats über diesen Beschluss informiert.



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 26. November 2018](#)

An einer Tripartiten Jurakonferenz wurde abgeklärt, welche Folgen die Ungültigerklärung der Abstimmung vom 18. Juni 2017 über die Kantonszugehörigkeit von Moutier hat. Bei Abschluss der gerichtlichen Beurteilung der Beschwerden steht fest, ob die Abstimmung gültig ist oder nicht. Kommt es zu einer Ungültigerklärung oder werden die Beschwerden zurückgezogen, ist nach Ansicht der Tripartiten Konferenz eine neue Abstimmung erforderlich.

¹⁸ NZZ, 09.11.2018, Nr. 261, S. 17.

¹⁹ [NZZ-Online](#), 22.11.2018.



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 30. November 2018](#)

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" ohne Gegenentwurf ab. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 30. November 2018 einen entsprechenden Richtungsentscheid gefällt. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) wird dem Bundesrat bis zum 31. August 2019 eine Botschaft unterbreiten.

6. Neue Volksinitiativen



Keine neuen Initiativen.

7. International



03.11.2018, Nr. 256, S. 8

Wurde der Brexit mit russischem Geld erkauf? - Gegner des EU-Austritts behaupten, der Volksentscheid sei illegal.

NZZ

03.11.2018, Nr. 256

Den katalanischen Separatisten drohen hohe Haftstrafen - Die Staatsanwaltschaft fordert Verurteilungen wegen Rebellion – der katalanische Regierungschef Quim Torra spricht von einem «Rachefeldzug». (S. 3)

NZZ

05.11.2018, Nr. 257, S. 3

Nach Referendum bleibt Neukaledonien französisch.

NZZ

07.11.2018, Nr. 259, S. 4

Das Prinzip Hoffnung der Brexit-Gegner - Eine wachsende Bewegung meist junger Aktivisten will den Volksentscheid von 2016 umkehren – ein Augenschein im englischen Norden.

NZZ

24.11.2018, Nr. 273, S. 5

Schwierige Fragen für Taiwans Bürger - Zum ersten Mal wird bei Lokal- und Regionalwahlen gleichzeitig in zehn Referenden zu Sachfragen abgestimmt.

8. Neue Publikationen

 EIDGENÖSSISCHE MIGRATIONSKOMMISSION EKM (Hrsg.), Staatsangehörigkeit, politische Rechte und Möglichkeiten der Partizipation, Terra Cognita, Schweizerische Zeitschrift zu Integration und Migration, Herbst 33/2018. ([Link](#))

 GROSSENBACHER KLARA, Das grosse Ringen um die kantonalen Parlamentswahlsysteme, Newsletter IFF 2/2018. ([Link](#))

 KLEY ANDREAS, Kompromiss – «Trickserei» oder Voraussetzung der Demokratie?, AJP 2018 S. 1379.

 LEUZINGER LUKAS, Das radikalste Volksrecht im Dornröschenschlaf, Napoleon's Nightmare Blog vom 23. November 2018. ([Link](#))

 NAY GIUSEP, Ein Trojanisches Pferd, Sog. Selbstbestimmungsinitiative, Jusletter 19. November 2018. ([Link](#))

 RIEDO CHRISTOF, Richter in eigener Sache: Über die relative Immunität von Parlamentariern, recht 2018 2018 S. 255.

 TÖNDURY ANDREA, Gekaufte Politik? Die Offenlegung der Politikfinanzierung als Erfordernis politischer Chancengleichheit, ZBI 119/2018 S. 563.

 ZLABINGER STEPHAN, Schleierhafte Gesetzgebung?, Das St. Galler Gesichtsverhüllungsverbot unter dem Aspekt der Rechtsgleichheit in der Rechtsetzung, ZBI 119/2018 S. 580.

9. Eidgenössische Abstimmungen vom 25. November 2018

Am 25. November 2018 stimmten die Schweizer Bürger über zwei Initiativen und ein Referendum ab:

Nein *Hornkuh-Initiative - Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere»*
Die Initiative wurde von 54.7 % der Stimmenenden und 16 4/2 Kantone abgelehnt.
([Vorläufiges amtliches Endergebnis](#))

Nein *Selbstbestimmungsinitiative - Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter»*
Die Initiative wurde von 66.2 % der Stimmberechtigten und sämtlichen Kantonen verworfen.
([Vorläufiges amtliches Endergebnis](#))

Ja *Referendum gegen die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) - Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten*
Das Referendum kam nicht zustande. Die Vorlage wurde von 64.7 % der Schweizer Stimmberechtigten gutgeheissen.
([Vorläufiges amtliches Endergebnis](#))

10. Eidgenössische Abstimmungen vom 10. Februar 2019



Zersiedelungsinitiative - «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

Am 10 Februar 2019 werden die Schweizer Stimmberechtigten über die Zersiedelungsinitiative abstimmen.

([Bundesbüchlein](#))



11. Dokumentation



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

12. Kontakt

Felix Schiller, MLaw, LL.M.
Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich
Tel. +41 44 634 36 98
E-Mail: felix.schiller@rwi.uzh.ch
www.rwi.uzh.ch/kley

An- und Abmeldung:

[Link](#)

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen:

[Link](#)